

Antrag

der Abgeordneten Kathrin Vogler, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Umwidmung nicht genutzter Bundesmittel der United Nations Mission in South Sudan (UNMISS) für die Unterstützung des unbewaffneten Schutzes der Zivilbevölkerung im Südsudan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die im Dezember 2013 ausgebrochenen Kämpfe zwischen der Armee des Südsudan unter dem amtierenden Präsidenten Salva Kiir und verschiedenen Rebellengruppen und abgespaltenen Armeeeinheiten unter dem früheren Regierungschefs Riek Machar wurden entlang ethnischer Linien blutig eskaliert. Auch nach dem vereinbarten Waffenstillstand gehen die Kämpfe vereinzelt weiter und ein erneuter Ausbruch der Kämpfe im großen Maßstab ist zu befürchten. Leidtragende dieser Entwicklung war und ist die Zivilbevölkerung des Südsudan.

Die Kämpfe zum Jahreswechsel 2013/2014 waren in ihrem landesweiten Ausmaß mit bis zu 800 000 internen Flüchtlingen besonders schwerwiegend, sie reihen sich jedoch in eine lange Reihe ähnlicher Auseinandersetzungen ein. Seit dem Comprehensive Peace Agreement (CPA) von 2005 kam es immer wieder zu bewaffneten Aufständen von Gruppierungen der Sudan People's Liberation Army (SPLA) oder anderen bewaffneten Akteuren, die in der Regel durch Amnestieangebote und die Integration der Kämpfenden in die SPLA beendet wurden. Die zugrundeliegenden Konflikte wurden jedoch nicht gelöst. Immer wieder kommt es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen auch durch die SPLA.

Der United Nations Mission in Sudan (UNMIS) und ihrer Nachfolgemission United Nations Mission in South Sudan (UNMISS) ist es trotz eines Jahresbudgets von zuletzt 924 Mio. USD und einer Personalstärke von bis zu 7 000 Soldaten und bis zu 900 Polizisten nicht gelungen, den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Die Programme zur Sicherheitssektorreform (Security Sector Reform, SSR) sowie zur Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration von Kämpfern (Disarmament, demobilization and reintegration, DDR) haben nicht zu einer Reduzierung der Bewaffnung und der Soldaten geführt. Die Anzahl von Kämpfern in der SPLA ist stattdessen von geschätzten 160 000 im Jahr 2009 auf 210 000 im Jahr 2012 angestiegen. Die Ausgaben für den Unterhalt hierfür entsprachen im Jahr 2013 etwa 40 Prozent des gesamten Staatshaushalts.

Nach dem Tod von etwa 2 000 Menschen im Jonglei State zum Start von UNMISS hat diese den „Schutz von Zivilisten“ zum Schwerpunkt ihrer Aktivitäten erklärt und eine entsprechende Strategie vorgelegt. Tatsächlich hat UNMISS mit dem Öffnen ihrer Stützpunkte für etwa 65 000 Vertriebene auch in den aktuellen Kämpfen einen Beitrag zum Schutz der Bevölkerung geleistet. Angesichts der im UNMISS-Mandat festgehaltenen Zusammenarbeit mit der Regierung des Südsudans hatte sie außerhalb der Stützpunkte jedoch kaum Wirkung, da diese Konfliktpartei ist und UNMISS den Zugang zur schutzbedürftigen Zivilbevölkerung regelmäßig verweigert.

Dies kam nicht überraschend, hatte doch eine Evaluation der UNMISS und ihrer Strategie zum „Schutz von Zivilisten“ durch die niederländische Clingendael Conflict Research Unit (CRU) im Januar 2013 festgestellt, dass UNMISS vor allem mit politischen und zivilen Initiativen erfolgreich war, das scheinbare Versprechen eines militärischen Schutzes jedoch nicht einhalten kann. CRU empfahl daher die radikale Reduzierung der militärischen Komponente und Aufstockung der zivilen und politischen Kapazitäten von UNMISS. Mit der unter dem Eindruck des Angriffs auf den UNMISS-Stützpunkt in Akobo beschlossenen Aufstockung des Militärpersonals auf bis zu 12 500 Soldaten wird UNMISS zwar vielleicht die eigenen Basen besser schützen können, ein militärischer Schutz der Bevölkerung ist jedoch weiterhin nicht möglich.

Deutschland unterstützt UNMISS im Rahmen der Pflichtbeiträge an den Peacekeeping-Haushalt der Vereinten Nationen und trägt so 7,141 Prozent der Missionskosten. Für den Zeitraum 2013/2014 wurden dafür bis Ende Januar 2014 73,4 Mio. Euro gezahlt. Darüberhinaus wird die militärische Komponente der UNMISS seit dem Start der Mission in 2011 auch direkt durch Soldaten der Bundeswehr mitgetragen. Allerdings wurden die eingestellten Mittel in jedem Jahr nur zu etwa einem Drittel von der Bundeswehr abgerufen. Ausgaben im Jahr 2011: 0,2 Mio. Euro; im Jahr 2012: 0,6 Mio. Euro von geplanten 1,8 Mio. Euro im Jahr 2013: rund 554 000 Euro von beantragten 1,7 Mio. Euro (vgl. Bundestagsdrucksache 17/14491). Allein in 2013 wurden so fast 1,2 Mio. Euro für den Bundeswehrbeitrag zur UNMISS nicht abgerufen.

Im Südsudan gibt es eine Reihe ziviler Akteure, die sich unbewaffnet und deutlich effizienter als UNMISS für den Schutz der Zivilbevölkerung einsetzen und damit große Wirkung erzielen. Zu ihnen gehört Nonviolent Peaceforce (NP), eine Organisation, die mit 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in sechs Bundesstaaten lokale Schutznetzwerke aufgebaut hat. Diese lokalen Schutzgruppen haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet, dass es trotz der Kämpfe auch in vielen ethnisch gemischten Nachbarschaften ruhig blieb. Dinka schützten Nuer und Nuer schützten Dinka. Die Teams der Nonviolent Peaceforce sorgten in den Flüchtlingslagern für Sicherheit, überprüften Gerüchte über Gräueltaten und halfen Spannungen zu deeskalieren und Konflikte zu klären. Seit Abklingen der Kämpfe begleiten sie wieder die Migration der Viehherden, die in früheren Jahren immer wieder zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Ackerbauern und Viehzüchtern mit hundert Toten geführt haben. Auch die Rückkehr der Vertriebenen und Flüchtlinge und die Ermöglichung von Verhandlungen und Versöhnungsprozessen erfordert eine Präsenz in der Fläche, die nur durch eine Vielzahl lokaler Initiativen aufrechterhalten werden kann.

Diese örtlichen Initiativen haben sich zusammen mit NP und internationalen Entwicklungsorganisationen im South Sudan Protection Cluster vereint, um den unbewaffneten Schutz der Bevölkerung flächendeckend zu organisieren. Nach den frischen Wunden und Traumata der aktuellen Kämpfe wird diese Aufgabe, für die bisher nicht mal 1 Prozent des UNMISS-Budgets zur Verfügung steht, allenfalls mittelfristig zu bewältigen sein. Ohne einen effektiven zivilen Schutz der Bevölke-

zung besteht die Gefahr, dass jeder Gewaltausbruch den Friedensprozess sabotiert und der Südsudan im Teufelskreis der Gewaltakteure gefangen bleibt.

Initiativen zum gewaltfreien Schutz der Zivilbevölkerung benötigen dringend verlässliche finanzielle Unterstützung, um in einem Land von der Größe Frankreichs auch in der Fläche präsent zu sein. Neben kurzfristiger Unterstützung für Transport- und Kommunikationsmittel, internationale und einheimische Friedensfachkräfte, Vernetzung, Medien und die Begleitung von Dialog- und Friedensprozessen, muss mittelfristig der begonnene Aufbau von Friedensinfrastrukturen auf eine stabile finanzielle Basis gestellt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- den unbewaffneten Schutz der Zivilbevölkerung im Südsudan im Jahr 2014 in Höhe von 1,2 Mio. Euro (entsprechend der im Jahr 2013 nicht genutzten UNMISS-Mittel) zu unterstützen.
Angesichts der dringenden Notlage sollte die Hilfe schnell und unbürokratisch zugesagt und den im South Sudan Protection Cluster organisierten bereits aktiven Organisationen zur Verfügung gestellt werden;
- für die Jahre 2015 bis 2018 Mittel in Höhe von jährlich 1,5 Mio. Euro für den zivilen Schutz der Bevölkerung auszuschreiben und über entsprechende Verpflichtungsermächtigungen zu vergeben;
- die finanziellen Mittel zur „Unterstützung von internationalen Maßnahmen auf den Gebieten Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung durch das Auswärtige Amt“ entsprechend aufzustocken.

Berlin, den 3. Juni 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

